

**Von:** frdi <ivbbgw@BONNFMZ.Auswaertiges-Amt.de>  
**Gesendet:** Montag, 2. November 2015 16:22  
**Cc:** Poststelle; 'poststelle@bmwi.bund.de '  
**Betreff:** WIENDIP\*141: Vorwürfe gegen VW wegen Verstoß gegen Abgasnormen

**Vertraulichkeit:** Vertraulich

WTLG  
Dok-ID: KSAD026415710600 <TID=108543280600>  
BMVI ssnr=1488  
BMW I ssnr=9241

aus: AUSWAERTIGES AMT  
an: BMVI, BMW I

-----  
aus: WIEN DIPLO  
nr 141 vom 02.11.2015, 1616 oz  
an: AUSWAERTIGES AMT

-----  
Fernschreiben (verschlüsselt) an 403 ausschliesslich  
eingegangen: 02.11.2015, 1621  
auch fuer BMVI, BMW I

-----  
AA: Ref. 402, 404, 405, 608, E22  
BMVI: L17  
BMW i: EB4, IVD3  
Verfasser: Schneider  
Gz.: Wi 412.00 VW 021503  
Betr.: Vorwürfe gegen VW wegen Verstoß gegen Abgasnormen  
hier: Maßnahmen der AUT Regierung  
Bezug: 1. Mailerlass 403/AS-AWB-412.VW vom 27.10.2015  
2. DB Nr. 119 vom 29.09.2015, Wi 412.00  
3.DE Nr. 877 vom 25.09.2015, Gz.: D4 (403) 412.VW

- Auf Weisung -

#### I. Zusammenfassung

In AUT zugelassene VW Diesel-Kfz, die von den Abgaswertemanipulationen betroffen sind, müssen 2016 zur Um/Nachrüstung in die Werkstatt.

Betroffen sind ca. 363.400 Kfz, darunter ca. 2400 Einsatzfahrzeuge der AUT Polizei.

#### II. Wertung

AUT Regierung hat sich bislang dezidiert mit Äußerungen zum VW-Skandal zurückgehalten (vgl. Bez. zu 2) und sich auf den Nachvollzug dt. Maßnahmen

beschränkt. Hintergrund ist, dass in AUT über die Jahre eine starke Automobilzulieferindustrie entstanden ist, die stark von der dt. Automobilindustrie abhängt. Eine Schwächung von VW kann nicht im Interesse Österreichs sein, gerade jetzt nicht, da seit zwei Jahren die Arbeitslosigkeit steigt und zum innenpolitischen Thema wird.

### III. Einzelheiten

AUT Verkehrsminister Alois Stöger hat am 15.10.2015 klargestellt, dass die Anordnung des deutschen Kraftfahrtbundesamtes, das die europäische Typenzulassung für VW ausgestellt hat, auch für Österreich gilt. Damit müssen auch in AUT zugelassene VW Diesel-Kfz, die von den Abgaswertemanipulationen betroffen sind, 2016 zur Um- oder Nachrüstung in die Werkstatt. Die betroffenen Fahrzeughalter müssen vom AUT Generalimporteur, Porsche Austria, verständigt werden. Weitere Maßnahmen hat die AUT Regierung in diesem Zusammenhang nicht verfügt.

In AUT sind, nach derzeitigem Stand, 363.400 Diesel-Kfz vom den Abgaswertemanipulationen betroffen:

- 180.800 VW-Pkw
- 24.400 VW-Nutzfahrzeuge
- 72.500 Audi
- 54.300 Skoda
- 31.700 Seat

Auch der österreichische Staat ist betroffen: Mehr als die Hälfte der Einsatzfahrzeuge der AUT Polizei, insges. 2372 Dienstfahrzeuge müssen um- oder nachgerüstet werden. Dies soll im Rahmen der routinemäßigen Inspektionen erfolgen. Da wegen der hohen Fahrleistungen der Fahrzeuge Inspektionen in kurzem Rhythmus erfolgen, werde es keine langen Wartezeiten und auch keine Fahrzeugengpässe geben. Eine Klage gegen VW seitens des Staates sei nicht geplant, da die Fahrzeuge ohnehin nur geleast seien.

Der Verein für Konsumenteninformationen (VKI) hat mittlerweile in NDŁ eine Stiftung mit dem Zweck gegründet, eine Sammelklage gegen VW einzureichen. Dem Aufruf des VKI, sich der Klage anzuschließen, sind bislang (30.10.15) 11.800 Kfz-Eigner gefolgt. Täglich schließen sich weitere ca. 500 an.

i.A.  
Schneider